



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 83
Fernschreiber 0286 890

P/XIV/56 - 9. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Ollenhauer-Chruschtschow Gespräch von zwingender Notwendigkeit	51
2	Achse Paris-Bonn mit Restflecken Nach den Gemeindevahlen in Frankreich	36
3-4	Hundert Tage in Sacher "blockfreie Außenpolitik" Nach der Rückkehr Titos Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	69
5-6	Werftorgen Bundesregierung erschwert Osthandel	72
7	Und die Montanunion? Belgien sperrt sich gegen deutschen Kohlenexport	41
8	Schatten zwischen Den Haag und Bonn Verstärkung in Holland über langsamen Wiedergutmachungswillen	46

* * *
* *

Ollenhauser-Chruschtschow

ap - Es scheint manchen Leuten nicht klar zu sein, in welcher Situation sich die Bundesrepublik und Berlin tatsächlich befinden. Anderenfalls wäre es nicht möglich, dass ein Gespräch zwischen dem Oppositionsführer in der Bundesrepublik, Erich Ollenhauser, und dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow zu Kommentaren Anlass gibt, die das Verantwortungsgefühl eines Ollenhauser in Zweifel zu stellen versuchen. Wenn die Reden Chruschtschows in der jüngsten Vergangenheit einen Sinn haben, dann muss befürchtet werden, dass die Männer im Krenl gewillt sind, den Eisernen Vorhang hermetisch abzuschliessen, die Spaltung Deutschlands und Europas durch die Schaffung neuer Tatsachen zu besiegeln und damit auch Berlin der Machthabern in der Zone auszuliefern. Dies alles, wenn es nicht gelingt, Ansatzpunkte für eine westliche Politik zu finden, die der Krenl bestimmen könnte, den Gesamtkomplex der europäischen Sicherheit und damit auch der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden in neuer Verhandlungen zu erörtern.

Den Punkt genau festzustellen, von dem ausgehend diese neue Phase von Ost-West-Gesprächen eingeleitet werden könnte - das ist Ollenhausers Motiv für sein Gespräch mit Chruschtschow. Es handelt sich also nicht um "Verhandlungen", sondern um eine unmittelbare Information, deren Wert in keinem Fall herabgemindert werden kann und darf.

Nachdem der britische Premierminister Macmillan nach seinem Besuch in Moskau jenem Satz im Abschlusskommuniqué über seine Gespräche mit Chruschtschow zugestimmt hat, in dem es heisst, dass auch die Pläne für eine militärisch verdünnte Zone in Europa geprüft werden sollen, wäre es geradezu ein grober politischer Fehler Ollenhausers, wenn er nicht mit dem Mann sprechen würde, der nun einmal heute massgebend die Politik des Ostens bestimmt.

Es gibt auch bei den innenpolitischen Gegnern der deutschen Sozialdemokratie keine Meinungsverschiedenheit mehr darüber, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nicht in einer Periode der Ost-West-Verkrampfung erzielt werden kann.

Bis hinein in die Reihen der Partei des Bundeskanzlers wird angezweifelt, ob die bisherige offizielle bundesrepublikanische Politik die richtige war, jene Politik, die die gegenwärtige Krise der Ost-West-Beziehungen nicht verhindern konnte. Es wird sogar gelegentlich behauptet, dass bestimmte Kreise ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Krise haben. Die Tatsache, dass Adenauer in der vergangenen Woche mit de Gaulle zusammentraf und noch vor der Information durch den britischen Premierminister Macmillan über dessen Gespräche in Moskau das Bonner und Pariser Veto gegen Verhandlungen über eine militärisch verdünnte Zone in Europa verkündet, lässt das Schlimmste vermuten.

Das Gespräch Ollenhauser-Chruschtschow ist demnach eine zwingende Notwendigkeit geworden, da die Zweifler an der Richtigkeit der Politik Adenauers nichts gegen die Starrheit und Verkrampfung zu unternehmen vermögen. Jedes neue Element, das der Oppositionsführer nach diesem Gespräch mit Chruschtschow in die deutsche und internationale Politik zuzunehmen in der Lage ist, ist ein unmittelbarer Beitrag für die Wiedervereinigung Deutschlands und damit für die Sicherheit unseres Volkes und Europas.

Achse Paris-Bonn mit Rostflecken

sp - Rund 25 Prozent der abgegebenen Stimmen konnten die Kommunisten am Sonntag in Frankreich bei einer fast 80-prozentigen Wahlbeteiligung für sich buchen. Sicher ist es richtig, wenn man in Paris sagt, dass diese Stimmen nicht unbedingt "kommunistisch" seien. Ebenso richtig ist aber auch, wenn das Wahlergebnis als der Ausdruck einer sich deutlich abzeichnenden anti-gaullistischen Strömung in Frankreich gewertet wird.

Damit gewinnen jene Stimmen an Bedeutung, die davor gewarnt hatten, die ominöse Achse Bonn-Paris als den solidesten Bestandteil der west-europäischen Politik zu feiern. Vielleicht haben de Gaulle und Adenauer bereits bei ihrem letzten Zusammentreffen eine Ähnung von dieser Entwicklung in Frankreich gehabt, als sie darauf verzichteten, ein Presse-Kommuniqué herauszugeben, das klar darüber Auskunft gibt, was die beiden Männer miteinander besprochen haben.

Nach diesem Wahlsonntag in Frankreich, der ein Ausdruck der tiefen Enttäuschung und Ernüchterung des französischen Volkes ist, stellt sich für Bonn die Frage, welchen Wert die Solidaritätsschwüre zweier Politiker haben können, deren Ansehen im In- und Ausland schwindet. Es wird doch wohl niemand behaupten wollen, dass der Bonner Achsen-Partner noch über den gleichen Nimbus verfügt, den er einmal gehabt haben mag, als man "seine" Politik für die "einzig mögliche in Europa" hielt. Auch Adenauer ist angeschlagen und sein krampfhafter Versuch, Verhandlungen oder Gespräche über eine Entspannungspolitik in Europa zu vermeiden, bringt ihn heute in die gefährliche Nähe eines Syngman Rhee oder Tschiang Kai Schek. Und was man von der Politik dieser Männer zu halten hat, dürfte sich inzwischen auch schon in Europa herumgesprochen haben ...

Dazu kommt, dass Adenauers Ansehen auch durch die hintergründigen Manipulationen bei der Suche nach einem Kandidaten für die Präsidentschaftswahl und in den jetzt vor einem Bonner Gericht stattfindenden Prozess gegen seine treuesten Vasallen gelitten hat.

Die Achse Paris-Bonn hat Rostflecken erhalten. Ihre Polierer wirken wie Handwerker, die mit Werkzeugen von gestern arbeiten. Je eher man bei uns in Deutschland das begreift - und aus diesem Begreifen bestimmte Konsequenzen zieht - umso eher wird es möglich sein, eine neue europäische Politik einzuleiten.

Hundert Tage in Sachen "blockfreie Außenpolitik"

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Fast einhundert Tage lagen zwischen der Abfahrt des jugoslawischen Staatschefs Tito für die teils offiziellen, teils inoffiziellen Gespräche in Indonesien, Burma, Indien, Ceylon, Äthiopien, Sudan, der Vereinigten Arabischen Republik und schließlich nach Griechenland. In sieben Hauptstädten der afro-asiatischen Welt und auf der griechischen Insel Rhodos wurden in dieser Zeit acht Communiqués veröffentlicht, die in vielen Punkten eine auffallende Gemeinsamkeit zeigen.

Sicherlich ist es gegenwärtig trotz des Abschlusses dieser als "Freundschaftsmission" deklarierten Reise noch verfrüht, alle Phasen dieser nach Tausenden von Kilometern zählenden Fahrt endgültig zu beurteilen. Erst die Ermittlung des Hintergrundes der verschiedenen Treffen und Gespräche in den nächsten Wochen wird eine sorgfältigere Scheidung von politischer Wirksamkeit und nur demonstrativem Schein ermöglichen.

Eine erste Bilanzierung weist jedoch folgendes deutlich aus: Titos wahrscheinlich wichtigstes Anliegen, die Gruppe der neutralen, keinem der beiden Militärblöcke angehörenden Länder der afro-asiatischen Welt und Jugoslawien stärker in Reih und Glied zu bringen, um ihre gemeinsame Außenpolitik wirkungsvoller zu machen, ist auf keinen Widerstand gestoßen. Andererseits scheint man sich auch über die Begrenzungen dieser Politik klar zu sein. Der wirtschaftlich unterentwickelte Zustand all der beteiligten Länder verursacht eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den industriellen Großmächten. Eben diese Abhängigkeit von an wirtschaftliche Unterstützung gebundene politische Auflagen zu mindern, ist der tiefere Sinn des Versuches, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Jugoslawien und all den besuchten Ländern zu stärken und damit auch die durch Konzessionen und Druck verursachten Pendelschwingungen zwischen den beiden Blöcken aufzufangen.

Das sind selbstverständlich sehr weitgesteckte Ziele, deren Verwirklichung man in Belgrad weder morgen noch übermorgen erwartet. Aber allein die Tatsache, daß Jugoslawien, ein selbst sehr kreditbedürftiges Land, sich in bescheidenem Maße zur Wirtschaftshilfe an gewisse

durch Tito besuchte Länder bereit erklärt hat, beweist, daß man hier durchaus gewillt ist, in der Anfangsphase mit Passiv-Saldo zu arbeiten, wenn nur in Zukunft ein politisch-wirtschaftlicher Vorteil für alle beteiligten Partner zu erwarten ist.

Die Wirksamkeit der "blockfreien Außenpolitik" ist gegenwärtig, abgesehen von ihren zukünftigen Erwartungen, in erster Linie moralischer Natur. Sie gliedert in dem von Indien am wirkungsvollsten vertretenen Anspruch, die warnende Stimme des Weltgewissens zu sein. Die Berechtigung und Notwendigkeit einer solchen Politik ist nicht an ihrer tatsächlichen Wirksamkeit allein ablesbar. Aber trotzdem beweist sie neben ihren moralischen Qualitäten auch schon heute recht konkrete Erfolge. Die blocklosen Staaten der afro-asiatischen Welt stellen in der UNO eine politische Kraft dar, mit der jeder der beiden Blöcke rechnen muß. Ihr Einfluß wird in dem Maße wachsen, als der in Afrika sichtbare Gärungsprozeß mit der Staatswerdung neuer unabhängiger Länder endet wird, die infolge ihrer geographischen Situation am wenigsten im rivalisierenden Kraftfeld der USA und der Sowjetunion liegen und somit eigene Wege in ihrer Außenpolitik werden beschreiten können.

Die Ambitionen des für die blocklose Außenpolitik werbenden jugoslawischen Staatschefs dürften allen vorwiegend mit den versagenden, starren außerpolitischen Mitteln der Stärke und Aufrüstung operierenden Politikern ungelegen sein. Diesmal jedoch währte der Ostblock infolge der aktuellen politisch-ideologischen Auseinandersetzung seine Ziele in der afro-asiatischen Welt stärker gefährdet. Aber auch dem Westen werden die anti-kolonialen Bekenntnisse dieser Reise nicht sehr wohl in den Ohren geklungen haben.

Wenngleich in einigen Hauptstädten des Ostblocks der Vorwurf erhoben worden ist, Tito wolle, im Namen der "Imperialisten" reisend, die neutralen Staaten der afro-asiatischen Welt westlichen Militärbündnissen zuführen, so beweist die jugoslawische Haltung gegenüber einer Wiederbelebung des Balkenpaktes, wie widersinnig solche Spekulationen sind. In Belgrad ist man fest gewillt, den eigenen Prinzipien auch weiterhin zu folgen. Eines ist sicher: Tito ist in erster Linie als Vertreter eines europäischen und nicht kommunistischen Staates durch die anti-koloniale Welt geführt. Aber selbst die "revisionistische" ideologische Basis der jugoslawischen Kommunisten verhindert, daß sich Tito dabei mit einem NATO-Europa hätte identifizieren wollen.

Werft Sorgen

mu. - Werden wir jetzt nach der Kohlenmisere und Stahlabatzkrise auch in eine Werftkatastrophe hineinschlittern? Diese bange Frage stellen sich die Arbeitnehmer in den Schiffbaubetrieben zwischen Emden und Hamburg, zwischen Flensburg und Lübeck. Zu keinem Zeitpunkt nach Kriegsende hat der Auftragsbestand so schnell abgenommen wie im letzten kalten Jahr. Das große Alarmzeichen ist bereits zu erkennen: Ab 1960 werden auch die Großwerften über freie Hellinge verfügen. Und diese Schiffbauplätze sind zum großen Teil in den letzten Jahren erst mit einem Aufwand von über 100 Millionen Mark errichtet worden.

Einige Zahlen genügen, um den gefährlichen Auftragsschwund zu bestätigen. Am 1. Januar 1959 waren in den Auftragsbüchern Neubauten mit 5,2 Millionen BRT registriert. Am 1. Januar 1959 waren es nur noch 3,5 Millionen BRT. Die Zahlen über den Auftragsrückgang sind im letzten Jahr erstmalig größer als die Ablieferungen gewesen.

Das ist durch Staatssekretär Westrick aus dem Bundesverkehrsministerium vor dem Bundestag auch bestätigt worden. Westrick mußte zum ersten Mal die große Alarmzahl von 200 Millionen Mark nennen. Für diesen Betrag sind Schiffsaufträge im letzten Jahr zurückgezogen worden. Aber gleichzeitig erklärt das Bundeswirtschaftsministerium: "Der Bund will nach Sowjetrußland nicht zu den Hermes-Zahlungsbedingungen liefern."

Noch im letzten Jahr war im deutsch-sowjetischen Handelsabkommen in der Warenliste etwas über Schiffslieferungen nach Sowjetrußland enthalten. In diesem Jahr sucht man vergebens danach. Das Wirtschaftsministerium erklärt, daß Moskau nicht mehr darauf drängt, Schiffe als vorrangig in die Warenliste aufzunehmen. Jedermann in den Werften an der Küste weiß aber, daß dies wiederum nicht bedeutet, daß die Sowjetunion aus der Bundesrepublik keine Schiffe haben möchte.

Die Sowjetunion will aber nicht schlechter behandelt werden als andere Länder auch. Sie besteht auf die jetzt international gebräuchlichen Zahlungsbedingungen, bei denen 30 Prozent der Bausumme mit der Ablieferung und die letzten 70 Prozent erst fünf Jahre später fällig werden. Die Bundesregierung ist aber nicht bereit, die Hermes-Exportgarantie für Sowjetrußland und andere Ostblockstaaten auf diese Bedingungen auszuweiten, die für entwicklungsfähige Länder gewährt werden.

Die Werften selbst können aus eigenem Kapital nicht so weit entgegenkommen. Aber auch dann, wenn sie von sich aus gewisse Mittel zusätzlich für die Export-Vorfinanzierung geben wollen, ist Bonn nicht bereit, für die restlichen Beträge einzuspringen.

So war es denn eine traurige Folgerichtigkeit, daß die Hamburger Werft Blohm & Voß den Vertrag über sechs Passagierschiffe von je 13.000 BRT für Sowjetrußland nicht erhalten konnte. Beamte des Bonner Wirtschaftsministeriums wußten dazu nur zu sagen: "Die Sowjetmenschen kann man auch in schlechtere Schiffe verfrachten". Die bundeseigenen Kieler Howaldt-Werke haben seit 1953 24 Fischerfabriksschiffe im Werte von über 200 Millionen Mark an Rußland geliefert. Sie haben darüber hinaus sämtliche Fischverarbeitungsanlagen für 15 Fabriktrawler gebaut, für welche die Sowjets Schiffsrümpfe und Maschinenanlagen selbst herstellten. Den letzten Großauftrag konnte die Kieler Werft 1956 im Werte von 65 Millionen Mark für die Herstellung von drei Walverarbeitungsanlagen für russische Walkochereien herannehmen. Auch diese Werft verhandelt seit vielen Monaten bisher ohne sichtbaren Erfolg in Moskau. Die Sowjetunion will eben in den Lieferungs- und Zahlungsbedingungen gleichberechtigt behandelt werden. Das Mindeste, was man von Bonn fordern muß, ist eine Verbesserung der Zahlungsziele für Schiffe, die auf privater Basis eingehandelt werden. Es könnte sonst sehr schnell passieren, daß die Großwerften in den nächsten Monaten mehrere Tausend Mann entlassen müssen, weil es nichts mehr zu tun gibt. Bereits heute ist die kommunistische Propaganda am Werk. So gibt das illegale kommunistische "Norddeutsche Echo" aus dem Krisenprogramm der KPD folgende so unschuldig klingende These wieder: "Erweiterung der Außenmärkte durch die freie Wirtshaftung dieses friedlichen Außenhandels mit allen Ländern, vor allem mit den sozialistischen Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils".

Es braucht nicht näher erläutert zu werden, welche hochexplosiver Sprengstoff diese These werden kann, wenn sich die Werftarbeiter bei den Stempelstellen melden müssen, weil man in Bonn nicht verstand, den Weg zum Osthandel freizumachen. Schließlich haben auch die Werftindustrien erklärt, daß sie auch in Zukunft an Geschäften mit den Ostblockstaaten sehr interessiert sind. Sie wünschen nicht, daß Bonn Export-Einzelgenehmigungen fernerhin als "unerwünschtes Politikum" ansieht.

Und die Montanunion?

sp - Böse Beispiele verderben gute Sitten. Die Wahrheit dieses Sprichwortes sollen nun die Bergarbeiter des Aachener Kohlenreviers zu spüren bekommen. Täglich verlassen etwa 1 000 bis 1 500 Tonnen Kohle das Aachener Revier in Richtung Belgien. Die belgische Regierung hat nun, da sie mit den eigenen Kohlen Schwierigkeiten nicht mehr fertig wird, verfügt, daß alle vor dem 19. Januar erteilten Einfuhr- lizenzen für Kohle als ungültig erklärt werden. Das heißt mit anderen Worten: Belgien versperrt sich gegen den deutschen Kohlenexport - eine gewiß ungewöhnliche Maßnahme im Zeichen der beginnenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Bundesregierung hat mit der von ihr beschlossenen Einführung eines Zolls für USA-Kohle selbst der Auftakt dazu gegeben.

Der Vorsitzende des Unternehmensverbandes des Aachener Steinkohlenbergbaus, Generaldirektor Burckhardt, hat an die Hohe Behörde und an das Bonner Wirtschaftsministerium zwei fast gleichlautende Schreiben mit der Bitte gerichtet, "alle als geeignet erscheinende Mittel" zu ergreifen, um eine Durchlöcherung des Artikels 4 des Montan-Vertrages zu verhindern. Dieser Artikel verbietet jede Art von Diskriminierung, er soll innerhalb des Montan-Vertrages die ungehinderte Ein- und Ausfuhr von Kohle gewährleisten. Der Beschluß der belgischen Regierung, in einer großen Notlage geboren, ist ein klarer Verstoß gegen diesen Grundsatz, er diskriminiert die deutsche Kohle, ist also mit dem Geist des Montan-Vertrages nicht vereinbar.

Auch auf einem anderen bedeutenden Wirtschaftssektor erweist es sich, auf welcher brüchigen Grundlage das Vertragswerk der Montanunion beruht; ein Krisenwind bringt es schon zum Schwanken. Die französische Franco-Entwertung verschafft der französischen Stahlindustrie bedeutende Vorteile, da sie nun ihre Produkte billiger absetzen kann und die deutsche Stahlindustrie in harte Konkurrenznot, sogar in ihrem Kerngebiet an Rhein und Ruhr, bringt. Auch diese Diskriminierung findet in der Statuten des Montan-Vertrages keine Berechtigung. Sie wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Ohnmacht der Hohen Behörde, da die zutage tritt, wenn mächtige Interessentengruppen über alle vertraglichen Bindungen und Verpflichtungen hinweg ihre Sonderwünsche durchsetzen.

Diese Ohnmacht der Hohen Behörde fügt dem Gedanken der europäischen Zusammenarbeit psychologisch und politisch einen fast kaum zu überschätzenden Schaden zu. Sie entwertet den Wert ihrer europäischen Zielsetzungen und erzeugt bei den Betroffenen, das sind die Kumpels in Aachen und die Metallarbeiter an Rhein und Ruhr, das Gefühl grenzenloser Enttäuschung.

Schatten zwischen Den Haag und Bonn

ler - Die Bundesregierung beruft sich oft als eine ihrer größten Leistungen auf den Geist der Freundschaft und der guten Nachbarschaft, der sie mit unseren westlichen Nachbarn verbindet. Dem Bundesrepublikaner wird ein Bild unbetrübter Harmonie vorgesetzt, das jedoch mehr in publizistischen Auslassungen als in der Wirklichkeit besteht. So stehen die Dinge zwischen Holland und der Bundesrepublik nicht gerade zum besten. Gewiß, beide Staaten sind in der Nato, beide Staaten arbeiten gemeinsam in europäischen Gremien, die Regierungen beider Staaten benutzen oft das Bild von dem gemeinsamen Boot, in dem sie sitzen.

Oberflächlich gesehen, mag dies sogar stimmen. Die Beziehungen der Völker werden jedoch nicht allein von ausgeklügelten Vertragstexten bestimmt, in sie spielen oft und in sehr entscheidender Weise Unwägbarkeiten hinein. Seit Jahren laufen zwischen Bonn und Den Haag Verhandlungen über eine deutsche Wiedergutmachung an in Holland aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen Verfolgten und Geschädigten während des Dritten Reiches. Ungezählte Tausende von Holländern erlebten in Konzentrationslagern die Schrecken der deutschen Besatzung, ungezählte Familien vermissen heute ihre Söhne und Väter, die die Gestapo exekutieren ließ. Sie haben ein Recht auf Entschädigung. Die Bundesregierung hat sich zwar diesen Rechtsanspruch nicht unbedingt verschlossen, aber sie legt bei den Verhandlungen einen solch kleinlichen Geist zutage, der in Holland Empörung und Unwillen hervorruft. Diese Empörung fand Niederschlag in einer Erklärung des niederländischen Außenministers Luns vor dem niederländischen Parlament, in der es u. a. heißt, "anscheinend sei man auf deutscher Seite noch ungenügend von der Überzeugung durchdrungen, daß Verhandlungen vor den Hintergrund des großen Leidens geführt werden müssen, das Deutschland den Niederlanden während des Krieges zugefügt hat und vor der großen Schuld, die es damit auf sich lud".

Diese ungewöhnlich scharfen Worte - Worte eines Verbündeten der Bundesrepublik - sind nur erklärbar vor dem Hintergrund einer ganz Holland erfassenden Verstimmung. Sie stellen dem bundesrepublikanischen Verhandlungspartnern kein gutes Zeugnis eines Entgegenkommens und Verständnisses aus; der Betrag, um den es sich handelt, beträgt etwa 136 Mill. DM, eine Summe, um die man nicht angesichts dessen, was mit deutscher Schuld in Holland während des Krieges verbunden ist, feilschen sollte. Unsere Aberdländer scheinen zu glauben, sie hätten für die Aussöhnung mit dem Westen mit der Aufstellung von deutschen Divisionen genug getan. Um unsere Vergangenheit jedoch zu bewältigen bedarf es jedoch mehr, als nur eine in der Nato eingegliederte Bundesrepublik, es bedarf auch des Eingeständnisses der Verpflichtung zur Wiedergutmachung an die Überlebenden Opfer des Dritten Reiches. Das aber geschieht nur recht zögernd und mit innerem Widerstand, Holland ist ja nicht der einzige Fall, in dem sich das so oft betont europäisch gebende Bonn so kleinlich verhält, auch die Österreicher und Norweger haben etwas von diesem Geist zu spüren bekommen. Er trägt uns keine Ehre ein.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel